

Print-Veröffentlichung

Medium	Weser-Kurier (Hauptausgabe)		
Datum	Montag, 10. Januar 2022		
Auflage	122.811	Anzeigenäquivalenz	11.283 €
Verbreitung	Bremen & Umland		
Platzierung	Seite 3 (von 24), Rubrik „Thema: Weg von der Straße: Wie Obdachlose in Bremen eine Wohnung finden sollen“		

Finland will bis 2027 Obdachlosigkeit abgeschafft haben

Die bremische Landesverfassung formuliert eindeutig: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ Eingelöst wird diese Zusage in der Realität nicht. Rund 600 Menschen in der Stadt gelten als obdachlos, noch viel mehr haben keine eigene Wohnung.

Um das zu ändern, läuft in diesen Tagen das Modellprojekt „Housing First“ an. Es kommt keinen Tag zu früh, denn gerade die Corona-Pandemie habe laut Bremer Träger gezeigt, dass die „traditionellen Angebote der Wohnungslosenhilfe“ an ihre Grenzen stießen. „Begegnungsstätten für Wohnungslose oder Notunterkünfte mit Mehrbettzimmern sind unter Pandemiebedingungen nur begrenzt nutzbar“, heißt es, „das Gebot der Stunde ist jetzt, Menschen in Wohnungsnot eigenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der einen Rückzug in die sichere Privatsphäre ermöglicht.“

Was bedeutet „Housing First“?

Die Initiatoren von Housing First sprechen bei ihrem Ansatz von einem Paradigmenwechsel im Kampf gegen die Wohnungslosigkeit. Sie dreht das bisher gängige Prinzip einfach um. Obdachlose erhalten quasi bedingungslose Hilfe und zu allererst eine Wohnung. Das ist eine Abkehr vom Stufenmodell, in dem sich Wohnungslose über die Stationen Notunterkunft und Übergangsunterbringung etwa in Wohngemeinschaften für die eigenen vier Wände sozusagen erst mal qualifizieren müssen.

Wer kommt als Mieter infrage?

„Housing First“ richtet sich an obdachlose Menschen, darunter auch Suchtkranke und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Zugangsvoraussetzungen sind vergleichsweise niedrig. Die Bewerber müssen den Wunsch nach einer eigenen Wohnung äußern. Sie sollen grundsätzlich fähig zum Abschluss eines Mietvertrages sein, das heißt, ein Verständnis von den Rechten und Pflichten eines Mieters haben. Zudem sollen sie die Bereitschaft zeigen, sich mindestens einmal pro Woche mit einem Projektmitarbeiter auszutauschen.

Ausgeschlossen vom Projekt sind Menschen mit einer akuten psychischen Erkrankung, die gefährlich für sich und andere sind. Auch Obdachlose, die nicht zu Absprachen fähig sind und/oder an Demenz oder starken Gedächtnisstörungen leiden, finden keine Aufnahme ins Projekt.

Wer setzt „Housing First“ in Bremen um?

Die rot-grün-rote Landesregierung hat Housing First als eine Möglichkeit zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit im Koalitionsvertrag festgeschrieben. In Bremen haben sich zur Umsetzung die Vereine Wohnungshilfe und Hoppenbank zusammengeschlossen.

Hoppenbank, 1971 von engagierten Bremer Bürgerinnen und Bürgern gegründet, bringt seine Expertise aus der sozialpädagogischen Arbeit ein. Hoppenbank kümmert sich also um die Betreuung der neuen Bewohner. Die Wohnungshilfe, 1982 ins Leben gerufen, übernimmt die Projektleitung und verantwortet die Akquise, Verwaltung und Vermietung der Wohnungen. Kooperationspartner sind das Aneos Klinikum, das für die medizinische Versorgung und psychologische Begutachtung zuständig ist, und Haus&Grund, das bei der Suche nach Wohnungen hilft. Denn das ist die wohl größte Herausforderung: das Finden von Wohnraum.

Wie können Eigentümer Wohnungen für Obdachlose zur Verfügung stellen?

„Housing First“ peilt laut Projektbegleiterin Hannah Beering für Bremen an, in diesem und im nächsten Jahr je 35 Wohnungen an Obdachlose zu vermieten. Die Wohnungen sollten ein bis zwei Zimmer haben und maximal 50 Quadratmeter groß sein. Der maximale Mietpreis liegt bei 370 Euro Nettokaltmiete, in den beliebteren Stadtteilen bei maximal 430 Euro. Mieter können zwischen zwei Modellen wählen.

Modell 1: Der Verein Wohnungshilfe mietet die Wohnung an und vermietet sie weiter. Alle Rechten und Pflichten werden von der Wohnungshilfe übernommen. Sie sichert die Mietzahlung, führt notwendige Schönheitsreparaturen aus und kommt für entstandene Schäden auf.

Modell 2: Es wird ein direkter Vertrag zwischen Vermieter und Mieter geschlossen. In den ersten drei Jahren gibt die Wohnungshilfe eine Mietausfallgarantie. Sie erstattet ebenfalls möglicherweise entstandene Schäden. Laut Bremer „Housing First“-Träger, der Mitte Januar sein Büro in der Pappelstraße 23 eröffnet, geht der Vermieter bei beiden Modellen kein höheres Risiko als sonst ein.

Wie sind die Erfahrungen mit „Housing First“?

Das Pilotprojekt „Housing First“ in Berlin weist eine hohe Erfolgsquote auf. Vier von fünf Menschen haben dort den Wechsel von der Straße in eine Wohnung geschafft. Diese Erfahrung deckt sich mit Ergebnissen aus den USA, wo sich „Housing First“ längst etabliert hat. Laut dortiger Forschung ist erwiesen, dass bei acht von zehn Projektteilnehmern die Wohnungslosigkeit dauerhaft endet.

In Deutschland setzen immer mehr Großstädte auf „Housing First“. In Europa ist Finnland Vorreiter. Dort ist „Housing First“ eine nationale Aufgabe. Das ehrgeizige Ziel: Bis 2027 will Finnland Obdachlosigkeit abgeschafft haben.



Kein Dach über dem Kopf, ständig auf der Suche nach Essen: Obdachlosigkeit ist in allen deutschen Großstädten ein Problem.

WEG VON DER STRASSE: WIE OBDACHLOSE IN BREMEN EINE WOHNUNG FINDEN SOLLEN

Vom Wert der eigenen vier Wände

VON MARC HAGEDORN

Maja bellt zur Begrüßung, als der Besuch in die Wohnung tritt. „Maja passt auf Heim und Frauchen auf“, sagt Steffi, das Frauchen. Maja, ein Schäferhund-Berner-Sennen-Mix, hat das so gelernt. Denn sie und Steffi haben im vergangenen halben Jahr auf der Straße gelebt. Jetzt muss sich Maja erst einmal daran gewöhnen, nicht jedes Mal Gefahr zu wittern, wenn sich ihnen ein Unbekannter nähert. Seit drei Wochen haben Maja und Steffi, die ihren vollständigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, wieder eine feste Wohnung.

Steffi, 59, lebt jetzt im Viertel auf 30 Quadratmetern. Großes Wohn- und Schlafzimmer, Laminat auf dem Fußboden, kleine Küche, WC mit Badewanne und Balkon zur Straße hinaus. Mit ein paar Blumen, Büchern, einer Couch und einem Schreibtisch hat sie ihr neues Reich eingerichtet. Maja, die jetzt nicht mehr bellt, hat es sich auf einer ausgebreiteten Decke auf dem großen Bett bequem gemacht.

Dass Steffi ein eigenes Zimmer hat, liegt an zwei Frauen, die sich bis dahin gar nicht kannten. Hannah Beerling arbeitet ehrenamtlich für den Verein Wohnungshilfe. Ursula Baumann besitzt mehrere Wohnungen. Als Baumann erfuhr, dass Beerling eine Wohnung für eine obdachlose Frau suchte, sagte sie schnell Ja. „Warum denn nicht?“, fragt die ältere Dame, die ebenfalls im Viertel wohnt. Viele Mieter schrecken davor zurück, Wohnungen an Obdachlose zu vermieten. Baumann winkt ab. „Ach, wir sind doch



Obdachlosigkeit in Bremen, hier unter der Stephanibrücke. Rund 600 Menschen leben in Bremen nach Schätzung des Sozialressorts auf der Straße.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

„Jeder von uns kann in die Bredouille geraten.“

Ursula Baumann, Vermieterin

alle nicht perfekt“, sagt sie, „aber von Mietern erwarten wir, dass sie ohne Fehl und Tadel sein sollen. Warum?“

Wenn es nach Hannah Beerling geht, dürfte es viel mehr Menschen geben, die so ticken wie Ursula Baumann. Um die 600 Menschen leben in Bremen nach Schätzungen des Sozialressorts auf der Straße. Und auch wenn es keine Daten dazu gibt: Experten stellen fest, dass die Zahl junger Menschen ohne Dach über dem Kopf stark angestiegen ist. Ursula Baumann sagt: „Jeder von uns kann in die Bredouille geraten.“

Wie schnell das gehen kann, hat Steffi erlebt. „58 Jahre lang habe ich ein ganz „normales“ Leben geführt“, sagt sie, „mit Job, mit Auto, mit Wohnung.“ Dann sorgte eine Fußverletzung dafür, dass sie nicht mehr arbeiten kann. Zunächst läuft alles wie gewohnt weiter. „Die Bankkarte funktionierte, ich habe meine Miete gezahlt“, sagt sie. Bis auf einmal der Dispo erschöpft ist. Erst jetzt stellt sie fest, dass sie monatelang kein Krankengeld bekommen hat.

Nach und nach trudeln die Briefe ein. Erst Rechnungen, später Mahnungen, Schreiben von Behörden, von der Krankenkasse. „Ich habe sie irgendwann nicht mehr geöffnet“, sagt sie. Die Schulden wachsen, und dann steht der Gerichtsvollzieher vor der Tür. Sie hat noch Zeit, ihre Möbel in einem Container zu lagern. „Und dann stand ich mit Maja und meinen Taschen auf der Straße“, sagt Steffi. Im vergangenen Juli war das.

Anfangs helfen Freunde und Nachbarn im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Sie sammeln Geld, damit Steffi zwei Nächte in einer günstigen Pension schlafen kann. Sie gehen mit ihr zur Frauenerkennung in der Abbotterstraße. Dort könnte sie einziehen, wegen Corona auch länger als eigentlich üblich. Aber dafür müsste sie sich von Maja trennen, wenigstens über Nacht. Das aber kommt für Steffi nicht infrage. „Der Hund ist meine Familie“, sagt sie, „bevor ich ihn ins Tierheim gebe, lebe ich lieber auf der Straße.“

13 Mal wird sie in den folgenden Monaten umziehen. Mal kommt sie für kurze Zeit bei Bekannten unter, mal findet sie Unter-

schlupf in einer Kleingartenparzelle. Manchmal richtet sie sich auch in Hauseingängen ein, manchmal legt sie sich in die Nähe eines wärmenden Lüftungsschachtes. Einmal, es ist bitterkalt, lässt sie ein Hausmeister heimlich im Heizungskeller übernachten.

Ohne feste Wohnung zu sein, macht Steffi fertig. „An manchen Tagen war die Verzweiflung sehr groß“, sagt sie. „Ich weiß noch, dass ich eines Tages auf einer Parkbank gesessen und gedacht habe: Jetzt bringst du dich um. Aber das ging ja nicht. Was wäre aus Maja geworden? Ich kann sie ja nicht auch umbringen.“

Ein paar Mal hat sie versucht, auf eigene Faust eine Wohnung zu finden. Hat im Internet auf den einschlägigen Foren gepostet: Frau mit Hund sucht kleine Wohnung. Von ihrer Obdachlosigkeit hat sie nichts geschrieben. „Dann hätte ich von vorneherein keine Chance gehabt“, glaubt sie. Aber selbst so kam es zu keinem Besichtigungstermin.

Ursula Baumann, die Vermieterin, stimmt es nachdenklich, wenn sie so etwas hört. „Es heißt ja immer, der Markt regle alles“, sagt

sie, „aber das stimmt ja nicht. Der Wohnungsmarkt sorgt dafür, dass Menschen in Not geraten. Es gibt so viele Vermieter, die den Hals nicht voll genug bekommen können.“ Hannah Beerling hat ein paar aktuelle Mietangebote ausgedruckt. 30 Quadratmeter in Bahnhofsnähe, 720 Euro inklusiver aller Nebenkosten, Heizung und Strom. Oder 65 Quadratmeter in der Neustadt, alles in allem 970 Euro. „Wer soll das bezahlen?“

Auf Steffis Schreibtisch liegt immer noch ein Stapel Briefe. Auch sie sind ungeöffnet. Sie habe sich vorgenommen, die Post demnächst zu bearbeiten, sagt sie. Hannah Beerling hat versprochen, ihr dabei zu helfen. Im Moment, sagt Steffi, sei sie noch dabei, in ihrem neuen Leben anzukommen. Langsam erst finde sie zur Ruhe.

Jede Sekunde merkt sie hier, in ihrer eigenen Wohnung, wie wichtig es ist, ein Dach über dem Kopf zu haben und eine Tür, die man hinter sich schließen kann. „Drei Dinge habe ich gelernt in der Zeit, in der ich ohne Wohnung war“, sagt sie, „das Allerwichtigste ist Wärme. Dann kommt ein eigenes WC und schließlich ein Herd, auf dem ich mein Essen kochen kann.“ Sie schaut sich um in ihrer Wohnung. „Ich habe Glück gehabt“, sagt Steffi.

Kommentar Seite 2

Wer Kontakt zum Bremer „Housing First“-Projekt aufnehmen möchte, um beispielsweise eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, kann sich telefonisch unter 0421/27 87 27 0 beim Träger melden oder aber per E-Mail an info@wohnungshilfe-bremen.de



Ursula Baumann hat ein Zimmer an die früher obdachlose Steffi vermietet. FOTO: HAGEDORN

Finland will bis 2027 Obdachlosigkeit abgeschafft haben

Die bremische Landesverfassung formuliert eindeutig: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“ Eingelöst wird diese Zusage in der Realität nicht. Rund 600 Menschen in der Stadt gelten als obdachlos, noch viel mehr haben keine eigene Wohnung.

Um das zu ändern, läuft in diesen Tagen das Modellprojekt „Housing First“ an. Es kommt keinen Tag zu früh, denn gerade die Corona-Pandemie habe laut Bremer Träger gezeigt, dass die „traditionellen Angebote der Wohnungslosenhilfe“ an ihre Grenzen stießen. „Begegnungstätten für

Wohnungslose oder Notunterkünfte mit Mehrbettzimmern sind unter Pandemiebedingungen nur begrenzt nutzbar“, heißt es, „das Gebot der Stunde ist jetzt, Menschen in Wohnungsnot eigenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der einen Rückzug in die sichere Privatsphäre ermöglicht.“

Was bedeutet „Housing First“?

Die Initiatoren von Housing First sprechen bei ihrem Ansatz von einem Paradigmenwechsel im Kampf gegen die Wohnungslosigkeit. Sie dreht das bisher gängige Prinzip einfach um. Obdachlose erhalten quasi

bedingungslose Hilfe und zu allererst eine Wohnung. Das ist eine Abkehr vom Stufenmodell, in dem sich Wohnungslose über die Stationen Notunterkunft und Übergangunterbringung etwa in Wohngemeinschaften für die eigenen vier Wände sozusagen erst mal qualifizieren müssen.

Wer kommt als Mieter infrage?

„Housing First“ richtet sich an obdachlose Menschen, darunter auch Suchtkranke und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Zugangsvoraussetzungen sind vergleichsweise niedrig. Die Bewerber müssen den Wunsch nach einer eigenen Wohnung äußern. Sie sollen grundsätzlich fähig zum Abschluss eines Mietvertrages sein, das heißt, ein Verständnis von den Rechten und Pflichten eines Mieters haben. Zudem sollen sie die Bereitschaft zeigen, sich mindestens einmal pro Woche mit einem Projektmitarbeiter auszutauschen.

Ausgeschlossen vom Projekt sind Menschen mit einer akuten psychischen Erkrankung, die gefährlich für sich und andere sind. Auch Obdachlose, die nicht zu Absprachen fähig sind und/oder an Demenz oder starken Gedächtnisstörungen leiden, finden keine Aufnahme ins Projekt.

Wer setzt „Housing First“ in Bremen um? Die rot-grün-rote Landesregierung hat Housing First als eine Möglichkeit zur Be-

kämpfung der Wohnungslosigkeit im Koalitionsvertrag festgeschrieben. In Bremen haben sich zur Umsetzung die Vereine Wohnungshilfe und Hoppenbank zusammengeschlossen.

Hoppenbank, 1971 von engagierten Bremer Bürgerinnen und Bürgern gegründet, bringt seine Expertise aus der sozialpädagogischen Arbeit ein. Hoppenbank kümmert sich also um die Betreuung der neuen Bewohner. Die Wohnungshilfe, 1982 ins Leben gerufen, übernimmt die Projektleitung und verantwortet die Akquise, Verwaltung und Vermietung der Wohnungen. Kooperationspartner sind das Ameos Klinikum, das für die medizinische Versorgung und psychologische Begutachtung zuständig ist, und Haus&Grund, das bei der Suche nach Wohnungen hilft. Denn das ist die wohl größte Herausforderung: das Finden von Wohnraum.

Wie können Eigentümer Wohnungen für Obdachlose zur Verfügung stellen?

„Housing First“ peilt laut Projektbegleiterin Hannah Beerling für Bremen an, in diesem und im nächsten Jahr je 35 Wohnungen an Obdachlose zu vermieten. Die Wohnungen sollten ein bis zwei Zimmer haben und maximal 50 Quadratmeter groß sein. Der maximale Mietpreis liegt bei 370 Euro Nettokaltmiete, in den beliebteren Stadtteilen bei maximal 430 Euro. Mieter können zwischen zwei Modellen wählen. Modell 1: Der Verein Wohnungshilfe mie-

tet die Wohnung an und vermietet sie weiter. Alle Rechten und Pflichten werden von der Wohnungshilfe übernommen. Sie sichert die Mietzahlung, führt notwendige Schönheitsreparaturen aus und kommt für entstandene Schäden auf.

Modell 2: Es wird ein direkter Vertrag zwischen Vermieter und Mieter geschlossen. In den ersten drei Jahren gibt die Wohnungshilfe eine Mietausfallgarantie. Sie erstattet ebenfalls möglicherweise entstandene Schäden. Laut Bremer „Housing First“-Träger, der Mitte Januar sein Büro in der Pappelstraße 23 eröffnet, geht der Vermieter bei beiden Modellen kein höheres Risiko als sonst ein.

Wie sind die Erfahrungen mit „Housing First“?

Das Pilotprojekt „Housing First“ in Berlin weist eine hohe Erfolgsquote auf. Vier von fünf Menschen haben dort den Wechsel von der Straße in eine Wohnung geschafft. Diese Erfahrung deckt sich mit Ergebnissen aus den USA, wo sich „Housing First“ längst etabliert hat. Laut dortiger Forschung ist erwiesen, dass bei acht von zehn Projektteilnehmern die Wohnungslosigkeit dauerhaft endet.

In Deutschland setzen immer mehr Großstädte auf „Housing First“. In Europa ist Finnland Vorreiter. Dort ist „Housing First“ eine nationale Aufgabe. Das ehrgeizige Ziel: Bis 2027 will Finnland Obdachlosigkeit abgeschafft haben. MHD

Kein Dach über dem Kopf, ständig auf der Suche nach Essen: Obdachlosigkeit ist in allen deutschen Großstädten ein Problem. FOTO: PETER KNIEFEL/DPA

